

PRESSEMITTEILUNG #200 – 23. Juni 2020

Martin Habersaat:

**Das Schuljahr 2020/21 und Corona**

Zur heutigen (23.06.) Pressekonferenz der Bildungsministerin Prien und dem Konzept für das Schuljahr 2020/21, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

"Die Sommerferien sind für die Bildungsministerien keine Urlaubszeit, sondern ein Geschenk. Die Vorbereitungen müssen sitzen. Es liegt kein normales Schuljahr vor uns. Hygienevorschriften werden eine Rolle spielen und Unterrichtssettings beeinflussen. Manche Kinder werden als Risikopatienten nicht am Präsenzunterricht teilnehmen können, manche Lehrkräfte auch nicht. Wegen des Digitalpakts arbeiten die Schulen ohnehin an Medienkonzepten und Fortbildungsprogrammen. Diese werden auf Grundlage der Lockdown-Erfahrungen sicherlich überarbeitet werden. Auf die Bedeutung der Ausstattung der Schulen und der Fortbildung von Lehrkräften muss hier nicht weiter eingegangen werden.

Die Zeit des Lockdowns hat Spuren hinterlassen, es werden Rückstände aufgeholt werden müssen. Die Rolle des Lernsommers dabei darf nicht überschätzt werden. Nur 18 Prozent der Schulen beteiligen sich, auch diese nur mit einem Teil ihrer Klassen. Und nicht jedes Angebot wird Deutsch, Mathe und Fremdsprachen zum Inhalt haben. Außerdem ist die Teilnahme freiwillig. Der Umgang mit Heterogenität wird also eine noch größere Herausforderung darstellen als ohnehin schon. Es gibt Schülerinnen und Schüler, die zuhause gut lernen und große Fortschritte machen konnten. Andere konnten das nicht. Die letzte Woche von der Koalition beschlossene Schulgesetz-Änderung belohnt die Privilegierten auch noch. Für das Schuljahr 2020/21 muss es Kürzungen in den Lehrplänen geben, um Raum für Offengebliebenes aus dem Schuljahr 2019/20 zu schaffen. Sinnvoll erscheint die Bildung von Lehrkräfteteams, bestehend aus Lehrkräften, die im Präsenzunterricht eingesetzt werden, und weiteren pädagogischen Fachkräften (z.B. Angehörige einer Risikogruppe oder Lehramtsstudierende), die von zu Hause aus den Fernunterricht in Absprache mit den Präsenzlehrkräften gestalten oder für regelmäßige, fachbezogene Sprechstunden per Telefon oder Videokonferenz zur Verfügung stehen.

Gleich zu Beginn des neuen Schuljahres muss sichergestellt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler Phasen des Fernunterrichts wahrnehmen können. Dazu gehört, sie ggf. mit Leihgeräten auszustatten und sicherzustellen, dass sie auch ins Internet kommen. Lernmittelfreiheit muss auch für digitale Endgeräte gelten. Verfahren des Fernunterrichts, mit verbindlichen Wochenplänen, müssen an den Schulen besprochen und eingeübt werden, auch und gerade, wenn Präsenzunterricht stattfinden kann. Kompetenzen der Lernprozessgestaltung müssen in den Vordergrund rücken, es darf nicht nur um Stoffvermittlung und das Abarbeiten von Lernaufgaben gehen. Schülerinnen und Schüler brauchen klare Ansprechpartner und -zeiten, auch für Beratungsangebote. Das Bildungsministerium muss klare Standards vorgeben. Die Unterschiedlichkeit zwischen den Schulen und den Angeboten für Schülerinnen und Schüler war zu groß. Als erstes Bundesland hat Bremen allen Schulen den Zugang zur Lernplattform „Sofatutor“ ermöglicht. Das wäre auch eine Hilfe für die Schulen in Schleswig-Holstein. Falls der Präsenzunterricht eingeschränkt werden muss, muss es landeseinheitliche Prioritäten und Vorgehensweisen geben. Jüngere Schülerinnen und Schüler sollten Vorrang beim Präsenzunterricht haben. Der Allgemeinbildungsanspruch sollte nicht aufgegeben werden, Stundenplankürzungen sollten nicht pauschal zulasten der sogenannten Nebenfächer erfolgen.

Was in einem Schuljahr nicht unterrichtet wurde, kann auch nicht Gegenstand von Prüfungen sein, entsprechend muss das Spektrum der Prüfungsinhalte reduziert werden - ohne das Niveau der Prüfungen zu reduzieren. Das müssen die Kommissionen berücksichtigen, die ESA, MSA und Abitur 2021 vorbereiten. Anstatt, wie von der Landesregierung vorangetrieben, künftig zuhause erbrachte Leistungen mehr zu benoten, sollten Anzahl und Umfang von Prüfungssituationen wie Klassenarbeiten oder Tests reduziert werden. Stattdessen sollten Situationen der Leistungsfeststellung und -bewertung stärker der Feedbackfunktion dienen, damit Schülerinnen

und Schüler häufiger und differenzierter als bislang Gelegenheit erhalten, ihren Lernprozess zu korrigieren und zu adjustieren.

Langfristig müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie Schulen und Klassenräume „nach Corona“ aussehen müssen. Die SPD hat dazu im Rahmen der FAG-Gesetzgebung eine Anhörung im Bildungsausschuss angestoßen.“